

EFD

GENERALSEKRETARIAT EFD (GS-EFD)

PROJEKTE UND VORHABEN

Aufbau Kontrollstelle gemäss Gesetz über die Transparenz juristischer Personen (TJPG):

Abschluss der Vorarbeiten für die Inbetriebnahme

Für die Kontrolle der Einträge im Register der wirtschaftlich berechtigten Personen gemäss geplantem Gesetz über die Transparenz juristischer Personen (TJPG) ist im GS-EFD eine Kontrollstelle aufzubauen. Diese soll nach einem risikobasierten Ansatz Registereinträge überprüfen, bei denen Zweifel an der Richtigkeit bestehen, und bei unrichtigen, unvollständigen oder nicht aktuellen Eintragungen Massnahmen treffen. Die Vorarbeiten für die Betriebsaufnahme der Kontrollstelle gemäss TPJG am 1. Januar 2027 sind abgeschlossen. Die notwendigen finanziellen Mittel sind eingestellt und das Personal ist rekrutiert. Zur Unterstützung der Arbeit der Kontrollstelle stehen die nötigen die IKT-Mittel bereit. Die Prozesse und Handlungsanweisungen sind definiert.

Soll-Termin: 31.12.2026

Weiterentwicklung der Zusammenarbeit bei der digitalen Transformation der öffentlichen Verwaltung:

Erstellung Norm- und Organisationskonzept

Zur Konkretisierung des im Jahr 2025 gutgeheissenen Zielbilds zur künftigen föderalen Zusammenarbeit im Bereich der digitalen Verwaltung ist ein Norm- und Organisationskonzept erarbeitet. Die Konsultation des Norm- und Organisationskonzepts bei Trägern und Partnern der Digitalen Verwaltung Schweiz ist ausgelöst. Das Norm- und Organisationskonzept ist erstellt.

Soll-Termin: 31.12.2026

Weiterentwicklung der Zusammenarbeit bei der digitalen Transformation der öffentlichen Verwaltung:

Auslösung der Konsultation zum Norm- und Organisationskonzept

Die Konsultation zum Norm- und Organisationskonzept ist ausgelöst.

Soll-Termin: 31.12.2026

EIDGENÖSSISCHE FINANZVERWALTUNG (EFV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Entflechtung 2027 (Bestimmung der Entflechtungsoptionen): Beschluss

Die gemeinsame Projektorganisation von Bund und Kantonen wird im ersten Halbjahr 2026 einen Zwischenbericht zu möglichen Entflechtungspotenzialen vorlegen. Gestützt auf diesen Bericht werden der Bundesrat und die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) im zweiten Halbjahr 2026 Beschlüsse zum weiteren Vorgehen fällen.

Soll-Termin: 31.12.2026

Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 für den Bundeshaushalt: Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2026 das Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 in Kraft setzen. Das Entlastungspaket ist nötig, um die Finanzpläne wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Vorbehalten bleibt ein allfälliges Referendum. Im Falle einer Ablehnung der Vorlage wird der Bundesrat eine Eventualplanung mit Ausgabenkürzungen vorlegen, um ein schuldenbremsekonformes Budget 2027 zu erreichen.

Soll-Termin: 31.12.2026

PROJEKTE UND VORHABEN

Neue Gewinnausschüttungsvereinbarung zwischen EFD und SNB für die Geschäftsjahre 2026–2030:

Unterzeichnung der Gewinnausschüttungsvereinbarung 2026–2030 durch die Departementsvorsteherin des EFD und SNB/Bankrat

Das Nationalbankgesetz sieht vor, dass das EFD und die SNB die Höhe der jährlichen Gewinnausschüttungen an Bund und Kantone in einer Vereinbarung festlegen mit dem Ziel, diese mittelfristig zu verstetigen. Die geltende Gewinnausschüttungsvereinbarung 2020–2025 läuft mit dem SNB-Geschäftsjahr 2025 aus. Die neue Vereinbarung für die Geschäftsjahre 2026–2030 muss im Verlauf von 2026 ausgearbeitet und unterzeichnet werden.

Die Gewinnausschüttungsvereinbarung 2026–2030 ist durch die Departementsvorsteherin des EFD und die Schweizerische Nationalbank (SNB) / Bankrat unterzeichnet.

Soll-Termin: 30.06.2026

Bericht zum Monitoring der Staatsausgaben:

Publikation des 1. Berichts zum Monitoring der Staatsausgaben

Im Rahmen des Projekts «Aufgabenteilung II» wurde u.a. auch ein Monitoring der Ausgaben von Bund und Kantonen vorgesehen. Zwar wurde das Projekt sistiert, das Monitoring wurde jedoch als eigenes Projekt weitergeführt. Ein Konzept wurde Ende 2023 vorgelegt. Das politische Steuerungsorgan Finanzausgleich Bund-Kantone beschloss, dieses Konzept umzusetzen.

Das Monitoring soll ein konsolidiertes Bild über die Entwicklung der Ausgaben von Bund und Kantonen zeichnen und Aufgabenbereiche identifizieren und beurteilen, die eine besondere Dynamik aufweisen. Im Weiteren soll das Monitoring die finanzielle Verflechtung und deren Entwicklung in den einzelnen Bereichen aufzeigen. Die Berichterstattung erfolgt alle 4 Jahre.

Soll-Termin: 30.06.2026

ZENTRALE AUSGLEICHSTELLE (ZAS)

PROJEKTE UND VORHABEN

EO-Digitalisierung, Errichtung eines automatisierten Verfahrens zur Bearbeitung der Erwerbsausfallentschädigungen mit allen Partnern: Inbetriebnahme des automatisierten Verfahrens

Ziel des Projektes ist es, die Bearbeitung der Erwerbsausfallentschädigungen (EO) mit allen beteiligten Partnern zu automatisieren bzw. den Datenfluss zu digitalisieren. Das Projekt ist Teil des BSV-Programms «EO-Digitalisierung».

Die Entwicklungen sind abgeschlossen und die Lösung wird eingesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2026

Programm «Digitale Transformation ZAS», Weiterentwicklung der Geschäftsprozessarchitektur, hauptsächlich in den Bereichen SAK und IVSTA, um die technologische Obsoleszenz zu minimieren und die Digitalisierung voranzutreiben: Freigabe der Programmausführung

Ziel des Programms ist es, die Geschäftsprozessarchitektur in eine agilere Umgebung zu überführen, welche die Digitalisierung der Prozesse und den Austausch mit den Versicherten und Partnern fördert. Der technologischen Obsoleszenz wird darin ebenfalls Rechnung getragen, da bestimmte Komponenten des Informationssystems nicht mehr den aktuellen Marktstandards entsprechen.

Der Programmperimeter sowie die Projekte pro Bereich sind festgelegt. Die Projekte sind freigegeben.

Soll-Termin: 30.09.2026

13. AHV-Rente: Anpassung der Prozesse und der IT-Infrastruktur, um die Umsetzung des Gesetzes ab 2026 zu gewährleisten: Erste Auszahlung der 13. Rente im Dezember

Anpassung der Anwendungen der Zentralen Ausgleichsstelle an die vom Bundesamt für Sozialversicherungen und dem Bundesrat beschlossenen Richtlinien.

Zahlung der ersten 13. AHV-Rente im Dezember ist erfolgt.

Soll-Termin: 31.12.2026

MOSAR IK, Zusammenführung der individuellen Konten (IK) in einem Spiegelregister und Modernisierung der Austausche mit den Versicherten.: Hinzufügung der IK-Buchungen und IK-Köpfe in das Versichertenregisters

Ziel des Projektes ist die Modernisierung des Versichertenregisters, um die individuellen Konten (IK) einer versicherten Person in einem Spiegelregister zusammenzuführen und sicherzustellen, dass bei Beginn eines Anspruchs auf eine AHV-Rente oder bei der provisorischen Vorausberechnung alle individuellen Konten der versicherten Person berücksichtigt werden. Zudem soll der Austausch mit den Versicherten modernisiert werden, indem ihnen ein Zugang zu ihrem IK bereitgestellt wird.

Die IK-Eintragungen und IK-Kopfdaten an das Spiegelregister via sedex-Meldung sind bereitgestellt.

Soll-Termin: 31.12.2026

E-Sozialversicherungsplattform (E-SOP) – Phase 1: Modernisierung von TeleZAS und Einrichtung einer gemeinsamen Plattform: Projektfreigabe

Dieses Projekt ist Teil des vom Bundesamt für Sozialversicherungen getragenen nationalen Projekts E-Sozialversicherungsplattform (E-SOP). Sein Ziel ist die Modernisierung der Anwendung TeleZAS und die Einrichtung einer gemeinsamen Plattform für die Vollzugsorgane der 1. Säule.
Die spezifischen Grundlagen des Projekts sind erarbeitet und die Variante ist festgelegt.

Soll-Termin: 31.12.2026

EIDGENÖSSISCHE MÜNZSTÄTTE SWISSMINT (SWISSMINT)

PROJEKTE UND VORHABEN

Weiterentwicklung der Werkzeugherstellung:

Prozessoptimierung der Stempelherstellung für Sondermünzen

Aufgrund der kleineren Pragemengen bei den Sondermünzen soll eine Reduktion der Werkzeugherstellkosten sowie eine Reduktion der Durchlaufzeit für die Stempelherstellung erreicht werden.

Neuer Prozess ist definiert, sowie die erste Sondermünze nach neuem Prozess produziert.

Soll-Termin: 31.12.2026

STAATSSSEKRETARIAT FÜR INTERNATIONALE FINANZFRAGEN (SIF)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Revision des Finanzmarktinfrastrukturgesetzes (FinfraG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2026 die Botschaft zur Revision des Finanzmarktinfrastrukturgesetzes (FinfraG) verabschieden. Diese Revision hat zum Ziel, die Stabilität des Finanzsystems und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes zu stärken. Der Vorschlag zielt darauf ab, bestimmte Bestimmungen zu den Infrastrukturen der Finanzmärkte sowie Anforderungen im Bereich des Marktverhaltens zu ändern.

Soll-Termin: 30.06.2026

Änderung des Finanzinstitutsgesetzes (FINIG) im Hinblick auf innovative Geschäftsmodelle der Finanzinstitute: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2026 die Botschaft zur Revision des Finanzinstitutsgesetzes verabschieden. Diese Revision hat zum Ziel, den Rechtsrahmen für innovative Geschäftsmodelle von Finanzinstituten zu verbessern. Der Änderungsvorschlag betrifft insbesondere das Bewilligungsregime für Geschäftsmodelle im Zusammenhang mit stabilen Kryptowährungen (Stablecoins) und Krypto-Assets.

Soll-Termin: 31.12.2026

FATCA-Abkommen nach Modell 1 mit den USA: Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2026 das FATCA Abkommen nach Modell 1 mit den USA für den 1. Januar 2027 in Kraft setzen. Mit dem Modell 1 wird ein automatischer und gegenseitiger Informationsaustausch über Kontodaten zwischen den zuständigen Behörden eingeführt werden. Die Schweiz wird von den USA auch Daten über Kunden mit Wohnsitz in der Schweiz erhalten. Darüber hinaus werden FATCA-Gruppenersuchen seitens der USA unter dem Modell 1 wegfallen.

Soll-Termin: 31.12.2026

Anpassung der Rechtsgrundlagen für den internationalen automatischen Austausch länderbezogener Berichte: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2026 die Botschaft zur Anpassung der Rechtsgrundlagen für den internationalen automatischen Austausch länderbezogener Berichte verabschieden. Mit der Anpassung der Rechtsgrundlagen wird die Änderung des massgebenden Mindeststandards der OECD und G20 Staaten ins Schweizer Recht überführt. Damit setzt die Schweiz ihre Unterstützung für die internationalen Bemühungen zur Verbesserung der Transparenz und zur Schaffung gleich langer Spiesse (level playing field) fort. Die Arbeiten werden auf internationaler Ebene in diesem Jahr wieder aufgenommen, die notwendigen Änderungen nach Finalisierung in nationales Recht überführt.

Soll-Termin: 31.12.2026

Änderung des Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der EU über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2026 die Botschaft zur Änderung des Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten verabschieden. Die Änderung setzt den revidierten Standard über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten um und enthält neu Bestimmungen über die gegenseitige Amtshilfe bei der Vollstreckung von Steuerforderungen im Bereich der Mehrwertsteuer.

Soll-Termin: 30.06.2026

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit den weiteren Partnerstaaten ab 2027: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2026 die Botschaft zur Einführung des internationalen automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2027 verabschieden. Der Gemeinsame Meldestandard (GMS) für den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (AIA) ist ein Mindeststandard, der von allen teilnehmenden Staaten und Territorien umgesetzt werden muss. Die Schweiz muss somit ihr Netzwerk der AIA-Partner mit den ab 2027 neu teilnehmenden Staaten und Territorien erweitern.

Soll-Termin: 30.06.2026

Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch betreffend Lohndaten (AIALG): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2026 das Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch betreffend Lohndaten (AIALG) in Kraft setzen. Das Gesetz regelt das Verfahren für den Austausch der in internationalen Abkommen vorgesehenen Lohndaten zwischen den kantonalen Behörden und der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV).

Soll-Termin: 31.12.2026

Verordnung zum Gesetz über die Transparenz juristischer Personen (TJPG): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2026 die Verordnung zum TJPG in Kraft setzen. Die Verordnung konkretisiert die Regelungen des Bundesgesetzes über die Transparenz juristischer Personen und die Identifikation der wirtschaftlich berechtigten Personen, unter anderem die verschiedenen Meldeverfahren.

Soll-Termin: 30.06.2026

Multilateral Competent Authority Agreement on the Exchange of GloBE Information (GIR MCAA):
Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2026 die multilaterale Vereinbarung für den Informationsaustausch im Rahmen der OECD-Mindestbesteuerung in Kraft setzen. Die Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Vereinbarung ermöglicht die zentralisierte Einreichung von GloBE-Informationen in der Schweiz, was für betroffene multinationale Unternehmensgruppen in der Schweiz eine administrative Entlastung darstellt.

Soll-Termin: 30.06.2026

Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2026 die Botschaft zur Genehmigung des Protokolls zur Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens mit den USA verabschieden. Die Änderung verbessert die Vermeidung der Doppelbesteuerung für natürliche Personen und Unternehmen im US-amerikanisch-schweizerischen Verhältnis.

Soll-Termin: 31.12.2026

Erneuerung des Währungshilfebeschlusses (WHB): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2026 die Botschaft zur Erneuerung des Währungshilfebeschlusses (WHB) verabschieden. Der WHB ist alle 5 Jahre zu erneuern. Damit soll sichergestellt werden, dass die Schweiz im Bedarfsfall weiterhin rasch internationale Währungshilfe zur Stärkung der Stabilität des Finanzsystems ergreifen kann.

Soll-Termin: 31.12.2026

Bilaterales Abkommen zum automatischen Informationsaustausch über Kryptowerte mit den USA:
Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2026 die Vernehmlassung zum Abkommen eröffnen. Das bilaterale Abkommen zwischen der Schweiz und den USA hat zum Ziel, den automatischen Informationsaustausch über Krypto-Vermögenswerte zwischen der Schweiz und den USA umzusetzen. Dieses Abkommen, das auf dem Melderahmen für Krypto-Assets der OECD basiert, sieht einen jährlichen Austausch zwischen den zuständigen Steuerbehörden vor.

Soll-Termin: 31.12.2026

Stabilität des Finanzplatzes Schweiz: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2026 die Vernehmlassung zur Botschaft der Änderungen des Bankengesetzes eröffnen. Dabei wird ein umfangreiches Massnahmenpaket aus dem Bericht des Bundesrates zur Bankenstabilität 2024 und aus dem Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission «Geschäftsführung der Behörden – CS-Notfusion» 2024 umgesetzt. Zur Wahrung der Finanzstabilität sollen die Prävention und das Liquiditätsdispositiv gestärkt sowie das Instrumentarium im Krisenfall erweitert werden.

Soll-Termin: 30.06.2026

Revision der Eigenmittelverordnung (ERV): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2026 die Anpassungen der Eigenmittelverordnung in Kraft setzen. Es werden damit zeitnah Massnahmen aus dem Bericht des Bundesrates zur Bankenstabilität 2024 und aus dem Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission «Geschäftsführung der Behörden – CS-Notfusion» 2024 im Bereich Prävention und Stärkung der Liquidität auf Verordnungsstufe umgesetzt, für welche keine vorgängigen Änderungen auf Gesetzesstufe notwendig sind.

Soll-Termin: 30.06.2026

Bericht «Absenzen am Arbeitsplatz. Sozialpartnerschaftlich Transparenz herstellen und zielgerichtete Massnahmen entwickeln» (in Erfüllung des Po. Gutjahr 24.3154): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2026 den Bericht «Absenzen am Arbeitsplatz. Sozialpartnerschaftlich Transparenz herstellen und zielgerichtete Massnahmen entwickeln» in Erfüllung des Postulats Gutjahr 24.3154 gutheissen. Der Bericht soll Transparenz zu Absenzen und Krankschreibungen am Arbeitsplatz sowie zur Versicherungsabdeckung und zur Prämienentwicklung im Bereich Krankentaggeld schaffen.

Soll-Termin: 30.06.2026

PROJEKTE UND VORHABEN

Ausbau und Pflege der internationalen Beziehungen: Teilnahme am G20 Finance Track 2027 ist gesichert

Angestrebt werden die Teilnahme am G20 Finance Track, die Führung von Finanzdialogen und der Ausbau des Beziehungsnetzes.

Die Teilnahme am G20 Finance Track 2027 ist gesichert.

Soll-Termin: 31.12.2026

Verbesserung der Rahmenbedingungen für Digital Finance: Kenntnisnahme / Beschluss

Das SIF treibt die Arbeiten zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Digital Finance voran.

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2026 über die angestossenen und erreichten Verbesserungen informiert.

Soll-Termin: 31.12.2026

Positionierung in internationalen Steuerfragen: Die Positionen der Schweiz in internationalen Steuerfragen wird in den relevanten Gremien der OECD, der UNO und der G20 eingebracht

Das SIF vertritt die Interessen der Schweiz in internationalen Steuerfragen in der OECD, wie auch in weiteren relevanten internationalen Gremien (insb. G20 und UNO).

Soll-Termin: 31.12.2026

EIDGENÖSSISCHE STEUERVERWALTUNG (ESTV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Änderung des Mehrwertsteuergesetzes (MWSTG)

(in Umsetzung der Mo. Engler 18.3235 und WAK-S 23.3012): Ergebnis der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2026 das Vernehmlassungsergebnis zur Änderung des Bundesgesetzes über die Mehrwertsteuer zur Kenntnis nehmen und über das weitere Vorgehen entscheiden. Durch die Umsetzung zweier Motionen soll einerseits die Plattformbesteuerung auf elektronische Dienstleistungen ausgeweitet werden und andererseits die einheitliche Besteuerung von Leistungskombinationen bereits möglich sein, wenn die überwiegende Leistung 55 Prozent statt wie bisher 70 Prozent ausmacht. Der Bundesrat entscheidet gleichzeitig über das weitere Vorgehen betreffend die Meldung an die Handelsregisterbehörden über obligatorisch im Mehrwertsteuerregister eingetragene Einzelunternehmen, zu welchem die Vernehmlassung bereits stattgefunden hat.

Soll-Termin: 31.12.2026

Bericht «Attraktiv bleiben, Finanzen sichern. Die Schweiz braucht eine langfristige Steuer- und Standortstrategie» (in Erfüllung des Po. Walti 23.3752): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2026 den Bericht «Attraktiv bleiben, Finanzen sichern. Die Schweiz braucht eine langfristige Steuer- und Standortstrategie» gutheissen. Der Bericht soll die langfristige Steuer- und Standortstrategie des Bundes darlegen. Es soll insbesondere veranschaulicht werden, wie das Steuersystem im globalen Steuer- und Standortwettbewerb ausgestaltet sein muss, damit die Schweiz attraktiv bleibt und der Bund seine Einnahmen langfristig sichern kann.

Soll-Termin: 30.06.2026

Bericht «Wirkungsprüfung der Steuerreform STAF» (in Erfüllung des Po. Kutter 21.4079): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2026 den Bericht «Wirkungsprüfung der Steuerreform STAF» in Erfüllung des Postulats Kutter 21.4079 gutheissen. Der Bericht soll aufzeigen, wie sich die Steuereinnahmen als Reaktion auf die Umsetzung des Steuerteils des Bundesgesetzes über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) entwickelt haben.

Soll-Termin: 31.12.2026

**Bericht «Abzugsfähigkeit von Spenden an Vereine mit gemischten Zwecken»
(in Erfüllung des Po. Jost 24.3708):** Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2026 den Bericht «Abzugsfähigkeit von Spenden an Vereine mit gemischten Zwecken» in Erfüllung des Postulats Jost 24.3708 gutheissen. Der Bericht soll Auskunft über die kantonalen Praktiken zur Abzugsfähigkeit von Spenden an Vereine mit gemischter Zwecksetzung (teils gemeinnützige, teils kultische Zwecksetzung) geben. Gestützt darauf nimmt der Bundesrat Stellung zur Frage, ob eine gesetzliche Anpassung des Abzugs von Spenden an diese Organisationen sinnvoll ist.

Soll-Termin: 31.12.2026

Bericht «Die Besteuerung in der Landwirtschaft. Bilanz rund zehn Jahre nach der Änderung der Rechtsprechung» (in Erfüllung der Po. Mahaim 23.4305, Bendahan 23.4306, Nicolet 23.4307, Berthoud [de Montmollin] 23.4308): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2026 den Bericht über «Die Besteuerung in der Landwirtschaft. Bilanz rund zehn Jahre nach der Änderung der Rechtsprechung» gutheissen. Der Bericht soll die Auswirkungen eines Bundesgerichtsurteils aus dem Jahre 2011 (BGE 138 II 32) auf Bundes- und Kantonsebene darlegen. Als Folge dieses Urteils werden heute Gewinne, die Landwirte aus der Veräusserung von Baulandreserven realisieren, vollumfänglich besteuert.

Soll-Termin: 30.06.2026

Bundesgesetz über den steuerlichen Abzug der Berufskosten von unselbständig Erwerbstätigen:
Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2026 die Botschaft über den steuerlichen Abzug der Berufskosten von unselbständig Erwerbstätigen verabschieden. Durch eine Pauschalierung der Abzüge soll eine Vereinfachung erreicht und die Neutralität der Abzüge hinsichtlich der Arbeitsformen verbessert werden.

Soll-Termin: 30.06.2026

Änderung des Mehrwertsteuergesetzes (MWSTG) (in Umsetzung der Mo. Friedli 24.3635):
Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2026 die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Mehrwertsteuer verabschieden, mit welcher der befristete Sondersatz für Beherbergungsleistungen von derzeit 3,8 Prozent über das Jahr 2027 hinaus fortgeführt werden soll.

Soll-Termin: 30.06.2026

PROJEKTE UND VORHABEN

Digitalisierungsinitiative ESTV: Umsetzung weiterer Vorhaben

Die ESTV beabsichtigt, ihre Verfahren in den kommenden Jahren vollständig zu digitalisieren, um seitens Verwaltung die entsprechenden Rahmenbedingungen für die Umsetzung des Bundesgesetzes über elektronische Verfahren im Steuerbereich zur Verfügung stellen zu können.

Weitere Digitalisierungs-Vorhaben aus dem ESTV-Projektportfolio werden umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2026

Internationaler Informationsaustausch: Umsetzung der Vorhaben gemäss Terminvorgabe

Zahlreiche Gesetzesvorhaben im Bereich des internationalen Informationsaustausches stehen vor der Umsetzung (Grenzgängerabkommen CH-F, CARF bzw. AIA für Crypto-Assets, FATCA Modellwechsel).

Die anstehenden Vorhaben im Bereich des internationalen Informationsaustausches sind gemäss den terminlichen Vorgaben aus den Gesetzgebungsverfahren umzusetzen.

Soll-Termin: 31.12.2026

BUNDESAMT FÜR ZOLL UND GRENZSICHERHEIT (BAZG)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Totalrevision des Verordnungsrechts zum revidierten Zollgesetz: Ergebnis der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2026 das Vernehmlassungsergebnis zur Totalrevision des Verordnungsrechts zum revidierten Zollgesetz zur Kenntnis nehmen. Mit der Totalrevision des Zollrechts wird der rechtliche Rahmen für die laufende digitale Transformation (Programm DaziT) gelegt und gleichzeitig die notwendige organisatorische Flexibilität geschaffen, damit das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit noch rascher und wirksamer auf veränderte Lagen reagieren kann.

Soll-Termin: 31.12.2026

PROJEKTE UND VORHABEN

Erweiterung Warenverkehrssystem Passar (DaziT):

Produktiver Einsatz der Etappe 1 im Warenverkehr (Einfuhr)

Das neue Warenverkehrssystem Passar ist eines der Herzstücke des Programms DaziT. Damit werden unter anderem die bisherigen Systeme e-dec und NCTS abgelöst. Der Warenverkehrsprozess wird dabei für alle Verfahren und Verkehrsarten vereinfacht und standardisiert. Passar bildet die Grundlage für einen Grenzübertritt ohne Halt und damit verbunden eine deutliche Effizienzsteigerung für die Wirtschaft.

Die erste Etappe von Passar 2.0 ist produktiv eingeführt und kann genutzt werden.

Soll-Termin: 30.06.2026

Erweiterung Verbrauchssteuerplattform Taxas (DaziT):

Produktiver Einsatz für die Erhebung der Mineralöl- und der Tabaksteuer

Die Erhebung der Tabak- und der Mineralölsteuer erfolgt bisher über veraltete Systeme. Im Rahmen des Programms DaziT wurden bereits die Biersteuer und die Rückerstattung der CO₂-Abgaben digitalisiert, nun werden die beiden Altsysteme für die Erhebung der Tabaksteuer und der Mineralölsteuer abgelöst.

Die neuen Lösungen für die Erhebung der Tabak- und der Mineralölsteuer sind umgesetzt und produktiv eingeführt.

Soll-Termin: 31.12.2026

BUNDESAMT FÜR INFORMATIK UND TELEKOMMUNIKATION (BIT)

PROJEKTE UND VORHABEN

Swiss Government Cloud: Erste Funktionalitäten produktiv nutzbar

Mit der Swiss Government Cloud (SGC) wird eine neue, auf die Anforderungen und Bedürfnisse der Bundesverwaltung zugeschnittene Hybrid-Multi-Cloud-Infrastruktur aufgebaut. Damit soll es die SGC der Bundesverwaltung künftig ermöglichen, das Massengeschäft im Cloud-Bereich über eine einheitliche Gesamtlösung abzuwickeln. Zu diesem Zweck wird ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt: Nebst dem Aufbau der Hybrid-Multi-Cloud-Infrastruktur werden auch Investitionen in die Bereiche «Ausbildung, Beratung und Governance», «Betriebs- und kommerzielle Prozesse», «Cybersicherheit» und «Netzwerkinfrastruktur» getätigt.

Erste Funktionalitäten der SGC können produktiv genutzt werden, wie in der Botschaft SGC kommuniziert. Die Definition des genauen Funktionsumfangs wird im Laufe des Jahres 2025 durch die Programmleitung erarbeitet und mit der Programm Auftraggeberin abgestimmt.

Soll-Termin: 31.12.2026

Elektronische Identität: Lancierung der e-ID und der Vertrauensinfrastruktur. Die e-ID ist für Bürgerinnen und Bürger nutzbar.

Im Vorhaben E-ID laufen die Arbeiten rund um den Aufbau eines staatlich anerkannten, elektronischen Identifikationsnachweises (E-ID). Gemeinsam mit dem Bundesamt für Justiz (BJ), dem Bundesamt für Polizei (fedpol) und der Digitalen Verwaltung Schweiz (DVS) ist das BIT an der Umsetzung beteiligt. (www.eid.ch). Am 20. Dezember 2024 hat die Bundesversammlung das E-ID-Gesetz beschlossen, welches grundlegende Rollen und Verantwortlichkeiten regelt. Die Ausarbeitung der E-ID-Verordnung findet im Jahr 2025 statt. Diese rechtlichen Grundlagen werden bei den laufenden Arbeiten berücksichtigt.

Die E-ID ist seit Q1/2025 in einer Beta-Version publik. Die noch fehlenden Bausteine (wie zum Beispiel Backup vom Wallet) und die eingehenden Feedbacks fliessen nun bis zur Lancierung (Public Go-Live) in die Entwicklung ein. Mit der Lancierung wird die e-ID für Bürgerinnen und Bürger nutzbar.

Soll-Termin: 01.07.2026

IT der Armee separieren und konzentrieren: Umsetzung Entflechtungsroadmap 2026

Die von der Gruppe V übernommene IKT-Plattform soll auf die IKT-Infrastruktur und das Betriebs- und Servicemanagement des BIT überführt werden. Es werden die Voraussetzungen geschaffen, um einerseits Entflechtungsvorhaben zu identifizieren (Roadmap-Planung) und andererseits die Entflechtungsroadmap umzusetzen. Das Projekt umfasst analog zu 2025 weitere Planungs- und Initialisierungsaktivitäten sowie die Durchführung von Entflechtungsvorhaben.

Die Umsetzung der in der Entflechtungsroadmap für 2026 definierten Entflechtungsvorhaben wurde gestartet, bzw. fallweise abgeschlossen.

Soll-Termin: 31.12.2026

EIDGENÖSSISCHES PERSONALAMT (EPA)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Revision der Bundespersonalverordnung (BPV): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2026, in Umsetzung des revidierten Bundespersonalgesetzes, eine Änderung der Bundespersonalverordnung gutheissen. Im Vordergrund stehen Verordnungsanpassungen im Bereich der beruflichen Vorsorge sowie zur Überführung der Disziplinaruntersuchung in eine personalrechtliche Untersuchung.

Soll-Termin: 31.12.2026

PROJEKTE UND VORHABEN

Einführung einer digitalen Lösung für Nachfolge und Entwicklung:

Neue digitale Lösung zur Nutzung freigegeben

Das Team Personal (HR-IT) in SUPERB ist für die Harmonisierung und Standardisierung der Personalprozesse zuständig. 2026 soll eine durchgängige Systemunterstützung für Nachfolgeplanung und Personalentwicklung umgesetzt werden.

Die digitale Lösung ermöglicht Vorgesetzten eine Übersicht über Talente sowie potentielle Nachfolgerinnen und Nachfolger. Damit soll die gezielte Förderung unterstützt und die langfristige Personalplanung optimiert werden. Die Prozesse werden gemeinsam mit den Departementen analysiert und umgesetzt. Im 2026 ist die neue digitale Lösung zur Nutzung freigegeben.

Soll-Termin: 31.12.2026

BUNDESAMT FÜR BAUTEN UND LOGISTIK (BBL)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bericht «Öffentliches Beschaffungswesen. Arbeit der Unternehmen und der Verwaltung vereinfachen» (in Erfüllung des Po. Gobet Nadine 24.3953): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2026 den Bericht «Öffentliches Beschaffungswesen. Arbeit der Unternehmen und der Verwaltung vereinfachen» in Erfüllung des Postulats Gobet Nadine 24.3953 gutheissen. Der Bericht soll einerseits die Kosten der Unternehmen für die Erstellung von Angeboten in Vergabeverfahren aufzeigen sowie andererseits Vorschläge zur Verringerung der administrativen Belastung sowohl der anbietenden Unternehmen als auch der Verwaltung unterbreiten.

Soll-Termin: 31.12.2026

PROJEKTE UND VORHABEN

Flexible Arbeitsformen: Fertigstellung Sanierung und Umbau Verwaltungsgebäude Ittigen, Mühlestrasse 2

Das aktuelle Unterbringungskonzept baut auf den bestehenden Grundsätzen des Unterbringungskonzepts 2024 (UK 2024) auf und schafft im Grossraum Bern auf den Campus-Arealen optimale Voraussetzungen für flexible Arbeitsformen. Folgende Stossrichtungen werden verfolgt: Optimale Flächennutzung mittels Umsetzung der Standards Multispace und Desksharing; effiziente, produktive und bereichsübergreifende Zusammenarbeit an konzentrierten Campus-Standorten sowie flexible Gebäude und Infrastruktur, um auf sich verändernde Situationen sowie betriebliche Bedarfe der Nutzenden reagieren zu können.

Der Innenausbau der Sanierung und des Umbaus des Verwaltungsgebäudes Mühlestrasse 2 in Ittigen ist abgeschlossen, die Inbetriebnahme und der Bezug sind erfolgt.

Soll-Termin: 30.06.2026

Flexible Arbeitsformen: Fertigstellung Verwaltungsneubau Guisanplatz, Bern 2. Ausbautetappe

Das Gebäude ist erstellt, die Inbetriebnahme und der Bezug sind erfolgt.

Soll-Termin: 31.12.2026

Nachhaltigkeit (Vorbildfunktion Bund): Erstellung Fahrplan Netto Null Treibhausgasemissionen im Bereich zivile Immobilien, Beschaffung und Logistik

Gemäss Art. 10 des Bundesgesetzes über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG) nimmt der Bund in Bezug auf die Erreichung des Ziels von Netto-Null-Emissionen und auf die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels eine Vorbildfunktion wahr. Die zentrale Bundesverwaltung muss bis zum Jahr 2040 mindestens Netto-Null-Emissionen aufweisen. Dabei werden neben den direkten und indirekten Emissionen auch die Emissionen berücksichtigt, die vor- und nachgelagert durch Dritte verursacht werden.

Der Fahrplan Netto-Null für die direkten und indirekten Emissionen im Verantwortungsbereich des BBL ist erstellt.

Soll-Termin: 31.12.2026
